

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Annahme einer EntschlieÙung

Das Abgeordnetenhaus verurteilt die Anfeindungen und Angriffe gegen die russischsprachige Bevölkerung in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt sowohl die Anfeindungen gegen russischstämmige als auch gegen ukrainischstämmige Menschen in Berlin und will mit dieser EntschlieÙung ein politisches Signal gegen zunehmende Drohungen, Hassbotschaften und Übergriffe setzen. Die nachvollziehbare Wut und Empörung angesichts der Kriegseskalation in der Ukraine sind keine Rechtfertigung dafür, sich gegen die mit uns lebenden russlandstämmigen Menschen zu wenden.

Deutschland hegt keine feindseligen Gefühle gegen das russische Volk. Niemand darf für diesen Krieg in Haftung genommen werden, nur weil er russisch oder deutsch mit russischem Akzent spricht. Kein Mensch darf wegen seiner Herkunft aus Russland Benachteiligungen ausgesetzt werden.

Das Abgeordnetenhaus stellt fest: Der Krieg in der Ukraine ist Putins Krieg, nicht der Krieg der Russen. Angriffe gegen russischsprachige Menschen sind kein Beitrag zur Beendigung dieses Krieges. Das Russen-Bashing muss ebenso sofort aufhören wie die militärische Aggression gegen die Ukraine.

Begründung

Der furchtbare Krieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf die hier lebende russischsprachige Bevölkerung. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird immer wieder von Anfeindungen gegen Russen oder russlandstämmige Menschen in Deutschland berichtet. Menschen mit russischen Wurzeln teilen mit, sie hielten sich jetzt zurück, in der Öffentlichkeit russisch zu sprechen. Russischstämmige Künstler und Wissenschaftler fürchten, kollektiv bestraft zu werden für Ereignisse, die sie nicht verschuldet haben. Viele deutsch-russische Vereine und Organisationen seien durch den Krieg in eine existenzielle Krise geraten, teilte Martin Hoffmann, geschäftsführender Vorstand des Deutsch-Russischen Forums in Berlin, mit. Auch an Berliner Schulen gibt es Gewalt und Beschimpfungen, was Bildungssenatorin Astrid-Sabine Busse zu einem mahnenden Statement veranlasste. Besonders bestürzend war der bislang noch ungeklärte Brandanschlag an der Internationalen Lomonossow-Privatschule in Marzahn.

Auch der Bundespräsident warnte unlängst vor Anfeindungen gegen Russen in Deutschland und zeigte sich besorgt. Dem ARD-Magazin *Report Mainz* zufolge registrierten Innenministerien und Polizeipräsidien bundesweit seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine vermehrt Straftaten gegen russischsprachige Menschen, darunter Angriffe sowie Sachbeschädigungen gegen russische Geschäfte, Bedrohungen im Internet und Vandalismus an Schaufenstern. Allein bei der Berliner Polizei wurden seit Beginn der Invasion bis zum 12. März 2022 86 Fälle mit russophobem Hintergrund gemeldet. Das Bundeskriminalamt erfasst pro Woche 200 Straftaten sowohl gegen russischstämmige als auch gegen ukrainischstämmige Menschen, die in der Mehrzahl anti-russisch motiviert sind. Behörden rechnen mit weiteren Straftaten.

In Deutschland leben hunderttausende russischsprachige Einwanderer. Viele Migranten mit russischen Wurzeln kamen als russlanddeutsche Spätaussiedler, als jüdische Kontingentflüchtlinge oder als Arbeitsmigranten nach Deutschland. Einige haben die russische Staatsangehörigkeit, andere nicht. Berlin ist wohl die „russischste“ aller deutschen Städte. Berlin-Charlottenburg erhielt schon in den zwanziger Jahren, als sich dort nach der Oktoberrevolution russische Emigranten niederließen, den Spitznamen „Charlottengrad“. Und allein im Bezirk Marzahn-Hellersdorf leben heute Tausende Spätaussiedler. Der Senat ist aufgefordert, russlandstämmige Menschen wie auch ukrainische Kriegsflüchtlinge in Berlin vor Angriffen jedweder Art zu schützen.

Berlin, den 29. März 2022

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Lindemann Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion